

**Ergebnisprotokoll
der Sondersitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 29.07.2014**

Beginn: 15.00 Uhr

Ende:16:20 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Frau Metschies
Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann
Frau Kennard

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Frau Neumeyer
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schaefer
Herr Saxe
Herr Saffe
Herr Werner

Die Linke

Herr Arndt

II Verwaltung

Frau Zimmermann
Herr Eickhoff
Herr Steffe
Herr Dr. Lampe
Herr Musiol
Frau Slaby
Frau Rüpke
Herr Polzin
Herr Bembenek
Herr Just
Herr Faustmann
Herr Abramowski
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Dr. Kumpfer

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

III Gäste

Herr Blanke	Beiratssprecher Huchting
Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
Frau Mechels	Planersocietät
Herr Schröder	Planersocietät
Herr Janßen	IVV
Herr Arndt	BSAG
Herr Orb	Handelskammer

IV Gastdeputierte

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der Sondersitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Tischvorlagen:

Ergänzter Beschlussvorschlag zu **TOP 3 Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025/Handlungskonzept Evaluationskonzept zum Verkehrsentwicklungsplan Sonderbetrachtungen Weserbus und Hochstraße Breitenweg**

Neufassung der Vorlage zu **TOP 7 Finanzierung botanika**

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion den Antrag zur botanika zurückziehe, da sich dieser mit der Vorlage zu TOP 7 erledigt habe.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: - Protokoll (S) der Sitzung am 05.06.2014 - Protokoll (L) der Sitzung am 03.07.2014) - Protokoll (S) der Sitzung am 03.07.2014)	
-------	--	--

Herr Liess bittet um Ergänzung seiner Aussagen zu TOP 12 im Protokoll der Sitzung am 05.06.2014. Er habe deutlich gemacht, dass der vorgelegte Entwurf nicht die Endfassung sein könne.

Das Protokoll wird in Absprache mit Herrn Liess entsprechend ergänzt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

Einstimmig

TOP 3	Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025/Handlungskonzept Evaluationskonzept zum Verkehrsentwicklungsplan Sonderbetrachtungen Weserbus und Hochstraße Breitenweg -5-	Vorlage 18/414 - S
-------	--	-----------------------

Herr Senator Dr. Lohse bedankt sich bei den Personen, die in den letzten Jahren mit ihrer intensiven und konstruktiven Arbeit dazu beigetragen haben, den VEP voranzubringen. Insbesondere seien dies aus der Abteilung 5 Herr Polzin, Herr Just, Herr Bembenek, Herr Flassig, Herr Abramowski, Herr Hamburger und Herr Faustmann, die Gutachter Frau Mechels und Herr Janßen (planersocietät) und Herr Schröder(IVV), Herr Arndt von der BSAG und Herr Orb von der Handelskammer, aber auch viele andere, die hier nicht explizit genannt worden seien. Ein großer Kreis von Akteuren sei am Gelingen des Prozesses beteiligt gewesen. Neben der Handelskammer hätten sich der ADAC, der ADFC und der BUND im Projektbegleitkreis engagiert. Ziel war, das Verkehrssystem so zu entwickeln, dass es auch in zehn oder fünfzehn Jahren tatsächlich geeignet sei, um den verschiedenen zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Dies beziehe sich auf so unterschiedliche Fragen wie die Erreichbarkeit der Innenstadt, die Wirtschaftsverkehre, aber auch Mobilität für alle, insbesondere auch für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Luftreinhaltung, Klimaschutz und die städtische Aufenthaltsqualität

spielen dabei ebenfalls eine wichtige Rolle. Neu war dabei, alle Akteure an einen Tisch zu holen, um gemeinsam ganzheitlich auf das Thema Verkehrsentwicklung zu schauen. Zuerst wurde ein umfangreicher Zielekatalog erarbeitet und vorgeschlagene Maßnahmen daraufhin geprüft, ob sie in Richtung Erreichung der Ziele gehen. Es habe ein umfassendes Beteiligungsverfahren stattgefunden. Anhand der vielen Vorschläge und Erwiderungen sei klar geworden, wie die Bürgerinnen und Bürger das Thema Verkehr wahrnehmen und wie unterschiedlich die Bedürfnisse seien. Unter fachgutachterlicher Begleitung wurden Stärken und Schwächen analysiert und unterschiedliche Szenarien entwickelt. Mit den Maßnahmen, die für das Handlungskonzept vorgeschlagen seien, würden bessere Bedingungen für alle Verkehrsträgerarten, sowohl den Umweltverbund als auch den Autoverkehr erreicht. Es werde Entlastungen bei den Luftschadstoffen und den Treibhausgasemissionen geben und der städtische Raum werde, wenn sich der Modal Split ändere, sowohl vom rollenden als auch vom ruhenden Verkehr entlastet. Es komme nun darauf an, dass Gelder zur Umsetzung zur Verfügung stehen. Das Thema Concordia Tunnel sei kein strategisches Thema für den VEP, wurde aber trotzdem damit verknüpft. Es sei gelungen, in dieser Frage einen Kompromiss zu schaffen, der sowohl vom Beirat als auch von der Handelskammer akzeptiert werde.

Herr Pohlmann führt aus, dass die Anforderungen in Bremen positive Anforderungen seien. Bremen sei eine wachsende Stadt und auch im Bereich von Dienstleistungen und Industrie eine wachsende Wirtschaftsstruktur. Dies stelle Anforderungen an den zukünftigen Wohnungsbau, aber auch an die Erreichbarkeit von Dienstleistungen und Industriestandorten. Die Diskussion im Projektbeirat sei geprägt gewesen von einem fachlichen Herangehen. Dafür gebühre den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den beiden begleitenden Instituten Dank. Es ging nicht um Einzelinteressen, sondern darum, alle Interessen weitgehend unter einen Hut zu bringen. Dass dies gelungen sei, sei ein positives Ergebnis dieses Prozesses. Er schlägt vor, diesen Prozess nicht abreißen zu lassen, da mit der Verabschiedung des VEP die Diskussionen und die Anforderungen an eine an die Zukunft ausgerichtete Verkehrspolitik nicht abreißen würden. Dieser Diskussionszusammenhang sollte in der hier praktizierten Fachlichkeit weiter bestehen.

Herr Saxe betont, dass der VEP mindestens der Einstieg in eine dringend notwendige Verkehrswende sei. Es finde ein Paradigmenwechsel statt. Das Thema Fußverkehr und Nahmobilität als die natürlichste Art, sich fortzubewegen wurde im VEP als gleichberechtigte Verkehrsart in den Fokus gerückt. Damit werde der Bedeutung der Nahmobilität gerade in Zeiten des demografischen Wandels Rechnung getragen. Radpremiumrouten seien inzwischen anerkannt gut für eine Stadt, gut für die Menschen. Bremen habe den Aufbau eines S- Bahn-Netzes jahrelang versäumt. Es sei gut, dass nun in diesen Plan aufgenommen werde, dass ein großes Manko bestehe, von den Stadträndern und von den Umlandgemeinden nach Bremen zu kommen. Im VEP seien mit neuen Haltepunkte und Taktveränderungen einige Verbesserungen geplant. Tempo 30 könne zwar nicht flächendeckend eingeführt werden, aber überall dort, wo die Belange der Wirtschaft und des öffentlichen Nahverkehrs nicht empfindlich gestört werden, solle punktuell Tempo 30 eingerichtet werden. Dies bewirke sehr viel für die Verkehrssicherheit. Mit dem geplanten Team Nahmobilität werde der Bereich Nahmobilität personell entsprechend ausgestattet, um die Maßnahmen auch umsetzen zu können.

Herr Arndt erklärt, dass die Verkehrsgutachten für den Bereich Concordia- Tunnel bereits seit Jahren vorlägen und zeigten, dass die Knoten Schwachhauser Heerstraße/ Hollerallee als auch Bismarckstraße/ Schleifmühle keine zusätzlichen Verkehre durchlassen. Es sei daher fraglich, ob durch ein Parkverbot der Verkehr flüssiger fließen werde. Dieses erneute Gutachten und die Verkehrsbeobachtungen würden jedoch Geld kosten.

Zwar hätten ihn die verkehrlichen und finanziellen Argumente überzeugt, weswegen ein Abriss der Hochstraße nicht in das Handlungskonzept aufgenommen worden sei. Er fordere jedoch mindestens mittelfristig konkrete Pläne für eine alternative, ebenerdige Lösung zu erarbeiten. Der VEP bringe zwar keine deutliche Verkehrswende, aber zumindest kleine Schritte in die richtige Richtung.

Er gibt eine persönliche Erklärung ab, dass er dem hinter den gemeinsam erarbeiteten Ergebnissen, hinter den gefassten Beschlüssen und vor allen Dingen auch hinter der Zielsetzung

stehe und dem VEP so zustimmen würde. Jedoch habe seine Fraktion noch Beratungsbedarf und ihn daher aufgefordert, sich der Stimme zu enthalten.

Herr Strohmann berichtet, dass anfängliche Befürchtungen seiner Fraktion, der VEP werde sich nur mit der Förderung des Fahrradverkehrs befassen, schnell widerlegt worden seien. Es sei ein ganzheitlicher, struktureller Plan geworden und es habe sich auch gelohnt, sich daran zu beteiligen. Die CDU habe eine Stellungnahme zum VEP an das Ressort geschickt. Er bittet darum, diese dem Protokoll beizufügen. Die Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer sei ein entscheidender Punkt. Er habe gelernt, dass in einer modernen Großstadt auch eine moderne Infrastruktur für den Fahrradverkehr notwendig sei. Zum Umweltverbund gehöre aber auch der Ausbau des ÖPNV. Wichtig sei die Abwägung, was bezahlbar und vernünftig sei. Es gehe ihm hier immer um Wirtschaftsverkehre und um Arbeitsplätze.

Herr Hamann weist darauf hin, dass mit diesem VEP umgesteuert werde, gerade für Menschen mit Einschränkungen. Zukünftig müsse besser auf die Belange von behinderten Menschen Rücksicht genommen werden, wenn es um die Umgestaltung oder die Neugestaltung von Nebenanlagen im Straßenverkehr gehe.

Herr Blanke berichtet, dass dem Beirat erst in der dritten Beteiligungsrunde gesagt worden sei, dass der Planungsbeirat drüber entscheiden werde. Es sei dann nicht mehr gelungen, ein Mitglied des Planungsbeirates von den Zielen des Beirats zu überzeugen. Der Huchtinger Beirat habe immer gefordert, über eine Verlängerung der Straßenbahn bis zur Landesgrenze Delmenhorst nachzudenken. Dies sei auf allen Ebenen immer abgelehnt worden, weil es nicht im VEP, sondern im Planfeststellungsverfahren abgearbeitet werde. Hier werde die Chance vertan, den Delmenhorster Einpendlern das Angebot zu unterbreiten, dort schon die Straßenbahn zu nutzen.

Herr Dr. Steinbrück führt aus, dass der VEP für das Thema Barrierefreiheit sehr positive Aspekte enthalte. Es gehe hier aber nicht nur um behinderte Menschen, sondern Barrierefreiheit komme allen mobilitätsbeeinträchtigten Menschen zu Gute. Dies seien nicht nur die klassischen Rollstuhlfahrer und Sehbehinderte. Unter mobilitätsbeeinträchtigten Menschen verstehe man gemeinhin auch ältere Menschen, Menschen mit Kleinkind im Kinderwagen oder mit großen Gepäckstücken. Der Tourist, der mit einem großen Rollenkoffer die barrierefreie Infrastruktur in Bremen nutze, um vom Flughafen zu seinem Hotel zu kommen sei ebenso mobilitätsbeeinträchtigt, wie derjenige, der sich im Skiurlaub ein Bein gebrochen habe. Es gehe hier also um einen nennenswert großen Personenkreis. Der VEP beinhalte unter dem Punkt F 23 die Aussage, dass das Thema Barrierefreiheit auch im Hinblick auf den sogenannten Altbestand, wo die größeren Probleme bestünden, eine Rolle spielen solle. Überall da, wo neu geplant und gebaut werde, sei Barrierefreiheit in aller Regel integraler Bestandteil. Aber es gebe viele Bereiche, wo in absehbarer Zeit infrastrukturell nichts unternommen werde. Die Aussage, dass bestehende Barrieren identifiziert und abgebaut werden sollen müsse mit Leben gefüllt werden. Dann könne damit ein guter Beitrag im Sinne von Menschen mit Beeinträchtigung geleistet werden.

Herr Senator Dr. Lohse schlägt auf Hinweis von **Herrn Pohlmann** vor, dass der Projektbeirat nicht nur alle vier Jahre tagen solle, sondern etwa in halbjährlichen Abständen einberufen werde, um die Evaluation zu begleiten.

Herr Dr. Steinbrück soll zu den Sitzungen des Projektbeirats eingeladen werden.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Vorlage und den Bericht mit Anlagen zum Handlungskonzept zur Kenntnis und beschließt das Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 (VEP).*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt das Evaluationskonzept des VEP zur Kenntnis.*

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Ergebnisse zu den Sonderbetrachtungen Weserbus und Hochstraße Breitenweg zur Kenntnis.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, das Handlungskonzept des VEP schrittweise entsprechend der finanziellen Möglichkeiten umzusetzen.
5. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, parallel die begleitende Evaluation durchzuführen und beginnend im Jahr 2018 alle vier Jahre der zuständigen Deputation einen Fortschrittsbericht vorzulegen. Der mit Beschlussfassung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 12.04.2012 eingesetzte Projektbeirat zum VEP wird im Vorfeld der Behandlung der Fortschrittsberichte in der Deputation konsultativ einberufen.
6. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, das Handlungskonzept des VEP über den Senat der Bremischen Bürgerschaft zu Beschlussfassung zuzuleiten.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

TOP 4	Stadtteile am Fluss über den Fluss verbinden -5-	BdV schriftlich - S
--------------	--	------------------------

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 5	Bremer Bestattungsrecht novellieren und individuelle Bestattungsformen ermöglichen - 1, 3 -	Vorlage 18/415 - L
--------------	---	-----------------------

Frau Dr. Schaefer erläutert, dass es um die Umsetzung eines Bürgerschaftsbeschlusses gehe. Einerseits sollten Friedhöfe attraktiver gestaltet werden und andererseits sollte es ermöglicht werden, den letzten Wunsch von Verstorbenen nach individuellen Bestattungsorten respektieren zu können. Bremen sei das erste Bundesland, das das Ausstreuen von Asche im öffentlichen Raum und auch auf privaten Grundstücken ermöglichen wolle. Damit werde legalisiert, was schon lange im Graubereich gemacht werde und wofür es eine breite Mehrheit in der Gesellschaft gebe. In anderen Ländern werde das Ausstreuen von Asche schon immer ermöglicht. Was nicht machbar sei, sei die Aufbewahrung der Urne zu Hause. Die geäußerten Bedenken, insbesondere auch der Kirche müssten ernst genommen werden. Es sei wichtig, Friedhöfe attraktiver zu machen und für andere Bestattungsformen zu öffnen.

Herr Gottschalk führt aus, dass nach einer intensiven Diskussion ein guter Kompromiss gefunden worden sei, die Veränderungen und Entwicklungen in den Bedürfnissen der Gesellschaft aufnehme und versuche, diese mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit bzw. die Belange Dritter umzusetzen. Das Ausstreuen sei gebunden an den zu Lebzeiten geäußerten Willen des Verstorbenen, der sich in der Regel sehr genau Gedanken darüber mache, ob sein Wunsch an einem bestimmten Ort auch umsetzbar sei. Friedhöfe seien vor allem Orte der Kultur, aber auch Zeitzzeugen und Orte von kulturhistorischer Bedeutung. Über Liberalisierungen könne sich in Bremen eine solche Kultur entwickeln und die Friedhöfe attraktiver machen. Bei der Einrichtung von Memoriam Gärten müssen das Verfahren geklärt

werden, wie eine Vergabe erfolgen solle und ob und welche Entgelte die Gemeinde dafür erhalten werde.

Herr Imhoff erklärt, dass er durchaus die Notwendigkeit einer Novellierung des Bremer Bestattungsrechts sehe. Den meisten Änderungen könne er dabei zustimmen, z.B. Gemeinschaftsgräbern, Memoriam Gärten. Aber ein Verstreuen der Asche auf einem Privatgrundstück sei für seine Fraktion nicht mit der Würde des Menschen vereinbar. Deswegen werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen und behalte sich vor, im Gesetzgebungsverfahren eine Gesetzesänderung einzubringen.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass sie die Wege, die Menschen heute wählen würden, um den Friedhofszwang zu umgehen, für würdelos halte. Juristisch sei das Selbstbestimmungsrecht über den Tod hinaus durch ein Gutachten belegt. Um den Willen des Verstorbenen zu erfüllen, werde dieser in einem anderen Land eingäschert und die Asche entweder im Auto zurückgebracht oder per Post geschickt. Diese und auch ähnliche Praktiken, um geltendes Recht in Deutschland zu umgehen, seien würdelos.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt den in der Vorlage genannten Vorschlägen zur Novellierung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt die Ausführungen zur Angebotserweiterung auf kommunalen Friedhöfen zur Kenntnis.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 6	BEBAUUNGSPLAN 2465 für ein Gebiet in Bremen - Findorff zwischen Herbststraße, Admiralstraße, Findorffstraße und Eisenbahnlinie Bremen - Hamburg -Planaufstellungsbeschluss -FB 01-	Vorlage 18/416 - S
--------------	---	-----------------------

Herr Senator Dr. Lohse erklärt auf Rückfrage von **Herrn Pohlmann**, dass es ohnehin geplant sei, mit dem Wirtschaftsressort über die Frage von Mischgebieten zu sprechen. Dabei könne auch die Plantage einfließen. Einem Planaufstellungsbeschluss stehe dies aber nicht entgegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Findorff zwischen Herbststraße, Admiralstraße, Findorffstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 7	Finanzierung botanika - 1, 3 -	Vorlage - S
--------------	--	----------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt, dass eine Lösung zur Finanzierung gefunden worden sei und diese gemeinsam von den Ressorts Umwelt und Wirtschaft getragen werde. Die Botanik und das Entdeckerzentrum seien als Gemeinschaftsaufgabe von Wirtschaft und Umwelt und zum Teil Bildung gestartet und sollten auch gemeinsam weitergeführt werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Arndt** erklärt **Herr Senator Dr. Lohse**, dass es sich um eine einmalige Problemstellung für das laufende Jahr handle, da es gleichzeitig um die Weiterentwicklung des Entdeckerzentrums gehe, wofür von der deutschen Bundesstiftung Umwelt die Fördergelder vor einigen Wochen zugesagt worden seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vorgestellten Sachstand zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 9	Verschiedenes	
--------------	----------------------	--

Es liegen folgende Berichtsbitten vor:

Erfahrungen mit den Müllschleusen in der Vahr	Berichtswunsch von Herrn Gottschalk	11.09.2014
Organisation der Müllabfuhr in den umliegenden Landkreisen	Berichtswunsch von Herrn Gottschalk	11.09.2014 oder 09.10.2014
Bahnstreckenabschnitte, die für bremische Lärmschutzmaßnahmen in Frage kommen - 22-	Berichtswunsch von Herrn Gottschalk und Frau Dr. Schaefer	05.03.2015
Zuständigkeiten und Verfahren zum Aufstellen von Verkehrsschildern im Zusammenhang mit Baumaßnahmen - ASV -	Berichtswunsch von Herrn Hamann und Herrn Saffe	11.09.2014 oder 09.10.2014
Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der BSAG	Berichtswunsch von Herrn Arndt	11.09.2014 oder 09.10.2014

Herr Senator Dr. Lohse schließt die Sondersitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll

Stellungnahme zum Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2020/2025

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion Bremen stimmt dem Handlungskonzept des Verkehrsentwicklungsplanes zu. Die Stadt Bremen braucht im Verkehrsbereich ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Konzept, das von allen Fraktionen, Parteien, Verbänden und Einrichtungen mitgetragen wird. Diese Zustimmung ist der CDU-Fraktion nicht leicht gefallen, denn es besteht die Befürchtung, dass Verkehrsbereiche (insbesondere der Fahrradverkehr) in der Umsetzung bevorzugt werden. Die CDU-Fraktion behält sich daher vor, einzelnen Maßnahmen in der späteren Beschlussfassung in der Deputation oder der Bürgerschaft die Zustimmung zu verweigern. Darüber hinaus knüpft die CDU ihre Zustimmung an folgende Erwartungen:

1. Die CDU-Fraktion fordert die Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer und -träger. Maßnahmen müssen so ausgestaltet und umgesetzt werden, dass sie nicht einseitig auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer und -träger umgesetzt werden.
2. Die CDU-Fraktion erwartet, dass folgende Beschlüsse nicht in Frage gestellt werden: kein flächendeckendes Tempo 30, kein Abriss der Hochstraße am Breitenweg und die vierspurige Nutzung des Concordia-Tunnels zu Stoßzeiten als Kompromiss.
3. Die Fertigstellung der A 281 ist prioritär zu behandeln und muss zügig realisiert werden.
4. Der Wirtschaftsverkehr und die Erreichbarkeit der Gewerbe- und Industriegebiete darf nicht durch andere Maßnahmen beeinträchtigt werden.
5. Ein Schwerpunkt im Verkehrsbereich muss im Ausbau des ÖPNV liegen. Denn nur mit einem nutzerfreundlichen und flächendeckenden Ausbau des Bahn- und Busnetzes können Menschen dazu bewegt werden, das Auto weniger zu nutzen. Dies hätte Vorteile für die gesamte Stadt: weniger Stau, weniger Lärm, weniger Schadstoffe und freie Fahrt für die Wirtschaftsverkehre.
6. Die Innenstadt muss auch in Zukunft unproblematisch für den motorisierten Individualverkehr erreichbar sein.
7. Die CDU-Fraktion besteht darauf, dass die konsumtiven Ausgaben im Rahmen der VEP-Maßnahmen möglichst gering gehalten werden. Insbesondere darf nicht die Schaffung von neuen Personalstellen den Haushalt dauerhaft belasten. Dies gilt z.B. für das Team Nahmobilität unter Punkt L6.
8. Der Fahrradverkehr darf nicht auf Kosten anderer Verkehrsträger bevorzugt behandelt werden. Die CDU-Fraktion spricht sich explizit nicht gegen die Förderung des Fahrradverkehrs aus, sondern erwartet vielmehr, dass die Maßnahmen im Radverkehr, nicht andere Verkehrsteilnehmer behindern.
9. Erhalt muss vor Neubau gehen! Das bestehende Straßen- und Radwegenetz muss zunächst saniert werden, bevor in die Planung neuer aufwendiger Maßnahmen investiert wird.
10. Die Parkplatzproblematik in einzelnen Stadtteilen muss anwohnerverträglich gelöst werden. Ein ersatzloses Streichen von Parkplätzen ist keine Lösung.
11. Die CDU-Fraktion schließt sich dem Vorschlag der Handelskammer Bremen an, einen Lenkungskreis einzuberufen, der den Maßnahmenkanon, die begleitenden Verabredungen und die Gleichbehandlung absichert.